

Rede von Oberbürgermeister Ulrich Markurth in der Ratssitzung am 30. Sept. 2014 zum Thema 6. IGS

Der Rat hat in seiner Sitzung am 30. September beschlossen, dass in der weiteren Schulentwicklungsplanung das Thema einer 6. IGS und der Erhalt der Gymnasien besonders berücksichtigt werden.

OB Ulrich Markurth begrüßte den Beschluss, weil er Ruhe in die Debatte bringe. Markurth hatte in der Ratsdebatte zuvor dafür plädiert, eine 6. IGS im Rahmen der Schulentwicklungsplanung zu berücksichtigen und eingehend zu prüfen. Es sollte kein Präjudiz gesetzt werden. Stattdessen werde die Schulentwicklungsplanung die zahlreichen Faktoren, die bei einer solchen weitreichenden Frage zu berücksichtigen seien, aufarbeiten. Der Schulausschuss als zuständiges Gremium sei der richtige Ort, um kontinuierlich darüber zu beraten. Steigende Schülerzahlen, eine dauerhaft hohe Nachfrage nach Gymnasien, der bleibende Bedarf an Platzkapazität in Außenstellen auch als Folge der Wiedereinführung des Abiturs nach neun Jahren, die weitere Entwicklung in den Landkreisen Gifhorn und Wolfenbüttel und die daraus resultierenden Auswirkungen auf Gymnasien und Gesamtschulen, sowie die Folgen für die Schullandschaft durch die beiden „aufwachsenden“ neuen Integrierten Gesamtschulen in Volkmarode und im Heidberg – all dies seien Aspekte, die berücksichtigt werden müssten.

So oder so lasse sich von jetzt auf gleich keine 6. Integrierte Gesamtschule etablieren, verdeutliche der OB in seiner Rede. Dazu brauche es ein Konzept, das nicht von der Verwaltung, sondern von engagierten Expertinnen und Experten entwickelt werden müsste; es müsste geklärt werden, wo der Standort sein könnte und wie die ausgiebige Bauplanung und die erheblichen Kosten für bauliche Maßnahmen finanziert werden könnten; und es müsste ein Antrag beim Land gestellt werden.

Markurth stellte zudem klar, dass auch unter Berücksichtigung von Planungen des Landes, Integrierte Gesamtschulen ersetzende Funktion zuzuschreiben, nicht einfach ein Gymnasium durch eine Gesamtschule ersetzt werden könne. Denn es gebe auf der Basis der aktuellen Situation und den zugrundeliegenden Zahlen eben weiterhin und dauerhaft auch einen hohen Bedarf an Gymnasialplätzen.

Weiterhin war ihm wichtig, auf die Qualitätsfrage hinzuweisen. Braunschweig investiere hohe Millionenbeträge für die Sanierung der Schulen, für rund 40 Millionen Euro entstehe ein Neubau für die Wilhelm-Bracke-Gesamtschule. Vielmehr ginge kaum. In wenigen Jahren werde die Stadt neben vielen anderen Schulen jede IGS und jedes Gymnasium auf einen bundesweit vorzeigbaren Standard als Ganztagschulen gebracht haben, nicht nur baulich, sondern auch mit entsprechender Ausstattung, etwa mit naturwissenschaftlichen Fachräumen.

Die Qualitätsfrage stelle sich in diesem Zusammenhang zudem auch in Bezug auf das Landespersonal. Denn für eine IGS müssten auch Lehrerinnen und Lehrer verfügbar sein, die dieses Konzept umsetzen könnten. Auch dies gehe nicht einfach kurzfristig. Und schließlich

sollten kurzfristige Lösungen auch deshalb gemieden werden, weil es, wie er auch schon in der Presse erläutert habe, im Sinne der Gründer der IGS-Idee sei, wenn es eine ausgewogene Zusammensetzung von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Leistungsstärke gebe. Es sollte zunächst abgewartet werden, wie sich in dieser Hinsicht die beiden neuen Integrierten Gesamtschulen entwickelten.

Vor allem wandte sich Markurth an die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern, die ihm in zahlreichen E-Mails ihre Sorgen um die Gymnasien mitgeteilt hatten. Es sei nicht um die Schließung von Gymnasien gegangen. Und natürlich würde jeder, der jetzt ein Gymnasium besuche, dies auch bis zum Abschluss seiner Schullaufbahn tun können, und niemand müsse von einem Gymnasium an eine IGS wechseln. Das sei rechtlich auch gar nicht möglich.